



Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at

GZ: V WVO 01/26

Datum 12.02.2026

Unser Zeichen

GEBU/BAK/2026/0067

Bearbeiter/in

Christina BRICHTA-
HARTMANN

Tel

+43 15016512961

E-Mail

Christina.BRICHTA@akwien.at

Verordnung der E-Control über den Wechsel sowie die Neuanmeldung und Abmeldung (Wechselverordnung 2026, WVO 2026)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Zum Inhalt des Entwurfs:

Der Entwurf der Wechselverordnung 2026 konkretisiert Verfahren und Fristen für den Anbieterwechsel bzw. bei An- und Abmeldungen für das Dreieck Lieferant – Netzbetreiber – Endkund:in. Die Inhalte zum Strom, auf die die Verordnung aufbaut, sind im neuen Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) zu finden, die gesetzliche Grundlage zum Bereich Gas – das Gaswirtschaftsgesetz – wird im laufenden Jahr eine umfassende Überarbeitung erfahren.

Das Wichtigste in Kürze:

- Die BAK begrüßt die Überarbeitung der Wechselverordnung aus dem Jahr 2012.
- Das Funktionieren und der reibungslose Ablauf des Lieferantenwechsels ist von entscheidender Bedeutung für die Haushaltskund:innen und trägt – durch erhöhte Wechselbereitschaft – zu mehr Wettbewerb am österreichischen Strom- und Gasmarkt bei.
- Es muss jedoch sichergestellt sein, die Kund:in aus freien Stücken und voll informiert über die Konsequenzen den Anbieter wechselt oder die Anlage an- bzw. abmeldet.

- Dazu müssen die Willenserklärung bzw. eine etwaige Bevollmächtigung der Kund:in einwandfrei zuordenbar sein und alle möglichen Vorkehrungen getroffen werden, dass nur „echte“ Willenserklärungen bzw. Bevollmächtigungen den Prozess auslösen.
- Dazu sieht die BAK Klarstellungsbedarf.

Zu den wesentlichen Bestimmungen des geplanten Entwurfs:

Ad § 1 Anwendungsbereich:

§ 1 Abs. 2 normiert die Anwendung der Wechselverordnung sinngemäß auch auf Abnahmeverträge – Verträge über die Abnahme der Eigenerzeugung können laut § 25 Abs. 1 EIWG ebenso standardisiert gewechselt werden. Die BAK begrüßt dies, – kam es doch in der Vergangenheit in diesem Zusammenhang immer wieder zu Problemen.

Ad § 3 Einleitung, Durchführung und Fristenlauf des Verfahrens:

Aus Sicht der BAK ist zur Vermeidung von Auslegungszweifeln klarzustellen, dass technische Störungen sowie daraus resultierende Nachholungen keine Auswirkungen auf die Einhaltung der vorgesehenen Fristen und den von Endkund:innen gewünschten Wechseltermin haben dürfen. Technische Nachholungen dürfen ausschließlich verfahrensorganisatorische Bedeutung haben und nicht dazu führen, dass Endkund:innen faktisch schlechter gestellt werden.

Ad § 4 Willenserklärungen:

§ 4 regelt, dass Voraussetzung für die Einleitung und Durchführung eines Lieferantenwechsels bzw. der An- oder Abmeldung eine entsprechende Willenserklärung der Endkund:innen ist. Dies ist aus Sicht der BAK die aus Konsument:innenperspektive entscheidende Stelle der Wechselverordnung: Das Vorliegen der Willenserklärung bzw. einer Bevollmächtigung ist der Startpunkt des Prozesses.

Einerseits befördert die in Abs. 1 festgehaltene Formfreiheit den Wechsel – je niederschwelliger die (administrativen) Hürden, umso eher werden die Kund:innen wechseln. Andererseits können nicht vorhandene oder zu laxen Anforderungen an die Willenserklärung oder Bevollmächtigung dazu führen, dass Kund:innen ohne ihr Wissen „gewechselt werden“: Die BAK kennt mehrere Fälle, in denen Konsument:innen ohne ihr Wissen mutwillig von Dritten der Energievertrag abgemeldet bzw. der Lieferant gewechselt wurde. Zwar sollen Regularien nicht von Haus aus auf den Worst Case getrimmt werden, doch müssen solche Situationen mitgedacht werden.

Wichtigstes Korrektiv war in der Vergangenheit die Benachrichtigung über die Einleitung des Wechselprozesses durch den Netzbetreiber: Der BAK sind ebenso Fälle bekannt, in denen der neue Lieferant nach Ablauf der Bindung – Monate später – die Kund:innen auf das gerade aktuelle Neukund:innenangebot wechseln wollte, während die Kund:in dieses gar nicht kannte: Diese hatte die Wechselbereitschaft in ein früheres anderes Angebot kundgegeben, hatte jedoch Bindung bei ihrem bisherigen Lieferanten. Die Kund:innen gaben keine erneute Zustimmung zum Wechsel nach Ablauf der Bindefrist – der neue Lieferant wurde von sich aus tätig. Auf all das wurden die Kund:innen erst durch die Benachrichtigung

durch den Netzbetreiber aufmerksam und konnten diese unfreiwilligen Wechsel, An- und Abmeldungen aufhalten.

Laut § 26 Abs. 2 EIWG hat der Netzbetreiber Endkund:innen unverzüglich über die Einleitung des Wechsels zu informieren – aus Sicht der BAK die richtige Wahl, da unabhängig und neutral. Der BAK ist bekannt, dass die Netzbetreiber diese Verpflichtung nicht für opportun halten, vor allem die Vorgabe, Kund:innen über den Postweg über den Wechsel zu informieren. Leider finden sich in der Wechselverordnung auch keine näheren Bestimmungen, wie diese Information durch die Netzbetreiber erfolgen soll. Die BAK ersucht die Regulierungsbehörde, diesbezüglich dringend nachzubessern und konkrete Vorgaben, wie diese Information konkret zu den Kund:innen gelangen soll, aufzunehmen. Das ist umso wichtiger, da die Mindestangaben für die Kund:inneninformation ohne Weiteres von Dritten an den neuen Lieferanten weitergegeben werden können.

Die Willenserklärung bzw. Bevollmächtigung der Kund:innen muss daher genau und nachvollziehbar dokumentiert und im Streitfall eindeutig zuordenbar sein. Die BAK spricht sich dafür aus, nähere Anforderungen für die Nachvollziehbarkeit der Willenserklärung in die Verordnung aufzunehmen.

Im Unterschied zu den Erfahrungen anderer Mitgliedsstaaten hat Österreich bisher keine „Tradition“ von Haustürgeschäften im Bereich Energie, die vor allem durch Überrumpelung und den Umstand funktionieren, dass die Kund:innen willentlich getäuscht werden – „Keiler“ eines neuen Lieferanten geben sich als alter Lieferant oder Netzbetreiber mit neuem Vertragsangebot aus, die Angebote sind zeitlich befristet, um den Druck zu erhöhen etc.

Dass dieser Vertriebsweg die absolute Ausnahme ist, soll aus Sicht der BAK so bleiben, denn eine etwaige Verwässerung der Willenserklärungen könnten auch Auswirkungen auf das Rücktrittsrecht im Fernabsatz bei Geschäften außerhalb von Geschäftsräumlichkeiten haben. Es gilt auch zu bedenken, dass – mit und ohne KI – „digitale Haustürgeschäfte“ in Social-Media-Plattformen zunehmen.

Im Unterschied zu § 4 Abs. 1 der gegenständlichen Verordnung, der normiert, „jede Willenserklärung, einschließlich der Bevollmächtigung, kann vom Endkunden formfrei abgegeben werden“, wird im § 26 Abs. 1 EIWG festgehalten, dass für die Einleitung und die Durchführung des Wechsels relevante Willenserklärungen gegenüber Lieferanten oder Aggregatoren elektronisch über von diesen anzubietenden Websites zu jeder Zeit formfrei vorgenommen werden können.

Das ist eine wesentliche Einschränkung, denn bei weiterer Auslegung der Textstelle in der Wechselverordnung wären auch mündliche Willenserklärungen zulässig, wogegen sich die BAK – Stichwort Haustürgeschäft – vehement ausspricht. Die weit überwiegende Mehrheit der Energieverträge kommen über Onlineplattformen bzw. die Website des Lieferanten zustande, wobei die einzelnen Zustimmungsschritte und die Belehrung über das Rücktrittsrecht nach dem Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz (FAGG) dokumentiert sind. Eine mündliche Willenserklärung erscheint der BAK nicht im Sinne des Gesetzgebers zu

sein und sollte – zumindest via Klarstellung in den Erläuternden Bemerkungen (EB) der Verordnung – ausgeschlossen werden.

Zusätzlich vermisst die BAK die Umsetzung des letzten Satzes des § 26 Abs. 2 EIWG in der Wechselverordnung: Lieferanten und Aggregatoren haben benutzerfreundliche Vorkehrungen zu treffen, welche die Identifikation und Authentizität der Endkund:innen sicherstellen. Die BAK kann sich dazu vorstellen, dass der Lieferant bzw. Aggregator verpflichtet wird, über E-Mail bzw. Telefon den Kund:innen eine Rückfrage zu stellen („Sie sind dabei, Ihren Energielieferanten zu wechseln. Das waren nicht Sie? Dann kontaktieren Sie uns unter...“).

Im § 4 Abs. 4 werden der Netzbetreiber und der aktuelle Lieferant im Zweifel berechtigt, eine glaubhaft gemachte Bevollmächtigung zu prüfen. Allein der jetzige Lieferant kann ein Interesse daran haben, diese zu prüfen. Falls der Netzbetreiber hier eine Rolle haben soll, wäre diese Kann-Bestimmung in eine Muss-Bestimmung umzuwandeln. In Verbindung mit den im Anhang im Kapitel 1.2. Vollmacht vorgesehenen Regelungen wäre jedenfalls klarzustellen, dass jeder Vollmacht eine entsprechende Willenserklärung der Kund:in zu Grunde liegen muss.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Endkund:innen vor Einleitung des Wechselverfahrens in klarer und verständlicher Form über die wesentlichen Folgen des Wechsels informiert werden – insbesondere in Hinblick auf die vertraglichen Konsequenzen und den Ablauf des Wechselverfahrens.

Ad § 5 in Verbindung mit § 11 – Verweigerung des Lieferantenwechsels:

Endkund:innen müssen vor Durchführung des Wechsels transparent über mögliche zivilrechtliche Folgen informiert werden – vor allem dann, wenn bestehende Vertragsbindungen oder Mindestvertragsdauern zu zusätzlichen Kosten führen können. Diese Information ist erforderlich, um vermeidbare finanzielle Nachteile für Endkund:innen zu verhindern.

Es sollte jedenfalls eine erneute Information vorgesehen werden, wenn die Kund:in gegenüber dem neuen Lieferanten die Absicht bekundet hat, nach Auslaufen der Vertragsbindung beim alten Lieferanten zu ihm zu wechseln. Hier muss allerdings sichergestellt werden, dass die wechselwillige Kund:in – bevor der Wechsel erneut angestoßen wird – über die konkreten zum Wechsel vorliegenden Konditionen des Neuvertrags informiert wird und diesen gesondert zustimmt. Dies sollte auch in den EB zu § 10 Abs. 1 festgehalten werden.

Die BAK weist auf ein redaktionelles Versehen in § 5 Abs. 1 Z. 4 hin – die rechtsungültige Bevollmächtigung ist hier gemeint.

Ad § 10 Fristenlauf vorläufige Wechselanfrage:

Aus Sicht der BAK ist klarzustellen, dass Fristen, die eine Reaktion der Endkund:innen erfordern, erst ab dem Zeitpunkt zu laufen beginnen, zu dem die Endkund:innen die Information tatsächlich erhalten. Das betrifft etwa Fälle, in denen ein Verfahren wegen

unvollständiger Angaben abgebrochen wird oder eine Korrektur erforderlich ist. Nur so können Endkund:innen innerhalb der vorgesehenen Fristen wirksam reagieren.

Ad § 12 Technischer Wechsel:

Die BAK begrüßt, dass dem alten Lieferanten die erforderlichen Verbrauchsdaten für die Endabrechnung durch den Netzbetreiber innerhalb von 3 Kalenderwochen nach dem Wechseltermin übermittelt werden müssen, was die Übermittlung der Endabrechnung an die Kund:in beschleunigt.

Ad 3. und 4. Teil – Neuanmeldung und Abmeldung einer Anlage:

Die Wechselverordnung sieht auch für An- und Abmeldungen ein einheitliches, fristengebundenes Verfahren vor. Dies ist besonders im Zusammenhang mit Wohnsitzwechseln zu begrüßen, da dadurch klare zeitliche Abläufe und Zuständigkeiten geschaffen werden. Darüber hinaus ist im Zusammenhang mit An- und Abmeldungen klarzustellen, welche rechtlichen Wirkungen diese auf bestehende Lieferverträge haben.

Die BAK erlaubt sich abschließend festzuhalten, dass eine Stellungnahmefrist von vierzehn Werktagen – von denen 5 in die Semesterferien von Wien und Niederösterreich fallen – nicht akzeptiert werden kann. Im Rundschreiben des Verfassungsdienstes (GZ BKA-600.614/0002-V/2/2008) wird auf die Notwendigkeit der Festsetzung angemessener Fristen für die Begutachtung hingewiesen. Begutachtungsfristen sind so zu bemessen, dass den zur Begutachtung eingeladenen Stellen eine Frist von wenigstens sechs Wochen zur Verfügung steht.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

